

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des Fachausschusses für
Grundsatzangelegenheiten, zentrale Steuerung, Finanzen

Sitzungstermin:	Dienstag, 20.09.2016
Sitzungsbeginn:	19:33 Uhr
Sitzungsende:	20:25 Uhr
Ort, Raum:	Besprechungsraum 1, Zimmer-Nr. 2.29, Bahnhofstraße 2 (Rathaus), 35260 Stadtallendorf,

Anwesend sind:

Herr Jürgen Berkei
Herr Werner Hesse
Herr Dieter Erber
Herr Michael Feldpausch
Herr Tobias Koch
Herr Hans-Georg Lang (Vertreter für Herrn Klaus Ryborsch)
Herr Wolfgang Salzer
Frau Olga Schmitt
Frau Sigrid Waldheim
Herr Walter Witkus

Stadtverordnetenvorsteherin

Frau Ilona Schaub

Vom Magistrat:

Herr Christian Somogyi
Herr Otmar Bonacker

Von der Verwaltung:

Herr Klaus-Peter Riedl

Schriftführer:

Herr Bernd Zink

Entschuldigt fehlen:

Herr Klaus Ryborsch, Stadtverordneter
Frau Fatma Sevilay Tosun, Stadtverordnete
Herr Stefan Rhein, stellv. Stadtverordnetenvorsteher
Herr Winand Koch, Fraktionsvorsitzender
Herr Manfred Thierau, Fraktionsvorsitzender
Herr Ersin Sürgün, Ausländerbeirat

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Beratung von eingegangenen Anträgen
Beschlüsse
- 3 Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs – Klageerhebung vor dem Hess. Staatsgerichtshof
Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vom 18.12.2014 und 18.02.2016
Vorlage: FB1/2016/0098
- 4 Satzung zur Vereins- Kultur und Jugendförderung
Vorlage: STB/2016/0004
Kenntnisnahmen
- 5 Beteiligungsbericht 2014 und 2015
Vorlage: FB1/2016/0097
- 6 Interkommunaler Vergleich kommunaler Steuern hessischer Städte ab 20.000 Einwohner in 2016
Vorlage: FB1/2016/0096
- 7 Sachstand zur Entwicklung der Gewerbesteuer
Vorlage: FB1/2016/0095
- 8 Endabrechnung des Hessentages 2010
Vorlage: FB1/2016/0094
- 9 Controlling/Berichtswesen zum 31.08.2016
Vorlage: FB1/2016/0102
- 10 Berichte aus den Verbandsversammlungen
- 11 Beschlusskontrolle
- 12 Mitteilungen
- 13 Verschiedenes

Inhalt der Verhandlungen:

Zu 1 Eröffnung und Begrüßung

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden. Im Besonderen Herrn Bürgermeister Somogyi, Herr Erster Stadtrat Bonacker, Frau Stadtverordnetenvorsteherin Schaub und die weiteren Vertreter der Verwaltung. Desweiteren stellt er fest, dass die Einladung form- und fristgerecht ergangen ist. Einspruch gegen die Tagesordnung ergibt sich auf sein Nachfragen nicht.

Zu 2 Beratung von eingegangenen Anträgen

Der Ausschussvorsitzende stellt fest, dass ihm keine Anträge zur Beratung vorliegen. Aus dem Ausschuss heraus ergeben sich auch keine Wortmeldungen.

Zu Beschlüsse

Zu 3 Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs – Klageerhebung vor dem Hess. Staatsgerichtshof Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vom 18.12.2014 und 18.02.2016 Vorlage: FB1/2016/0098

Herr Bürgermeister Somogyi erläutert die Vorlage und die Umstände, die zur Vorbereitung der Klage geführt haben. Um jede Rechtsunsicherheit zu nehmen, soll das Parlament noch einmal einen formellen Beschluss fassen. Für den Fall

von Geltendmachung von Ansprüchen könnte das dann von Bedeutung sein. Herr Stv. Hesse begrüßt dieses Vorgehen, damit werde drohenden Formfehlern, die sich schädlich auf das Verfahren auswirken könnten, vorgebeugt.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, lässt der Ausschussvorsitzende über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Auf Basis des vorliegenden Entwurfs von Herrn Prof. Dr. Schwarz erhebt die Stadt Stadtallendorf Grundrechtsklage vor dem Staatsgerichtshof des Landes Hessen gegen die Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs ab dem 01.01.2016.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

**Zu 4 Satzung zur Vereins- Kultur und Jugendförderung
Vorlage: STB/2016/0004**

Herr Bürgermeister Somogyi meldet sich zu Wort. Er stellt die Vorlage zurück und entschuldigt sich dafür, nicht zu Beginn der Sitzung auf diesen Umstand hingewiesen zu haben.

Abstimmungsergebnis: zurückgestellt

Zu Kenntnisnahmen

**Zu 5 Beteiligungsbericht 2014 und 2015
Vorlage: FB1/2016/0097**

Der Ausschussvorsitzende stellt die Kenntnisnahme zur Aussprache.

Herr Stv. Erber stellt eine Frage bezüglich der Verbindlichkeiten des ZMW; Herr Bürgermeister Somogyi beantwortet die Frage.

Kenntnisnahme:

Der als Anlage beigefügte Beteiligungsbericht 2014 und 2015 wird zur Kenntnis genommen.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

**Zu 6 Interkommunaler Vergleich kommunaler Steuern hessischer Städte ab
20.000 Einwohner in 2016
Vorlage: FB1/2016/0096**

Der Ausschussvorsitzende stellt die Kenntnisnahme zur Aussprache.

Nachfragen aus dem Ausschuss ergeben sich bezüglich des Spielapparatesteueraufkommens. Herr Bürgermeister Somogyi beantwortet die Nachfrage; Herr Greib gibt noch ergänzende Hinweise.

Kenntnisnahme:

Die vom Bund der Steuerzahler Hessen e.V. herausgegebene Übersicht zu den kommunalen Steuern hessischer Städte ab 20.000 Einwohner im Jahr 2016 wird zur Kenntnis genommen.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

**Zu 7 Sachstand zur Entwicklung der Gewerbesteuer
Vorlage: FB1/2016/0095**

Herr Bürgermeister Somogyi erläutert die Kenntnisnahme. Es ergibt sich eine kurze Diskussion über die Leseart der Vorlage.

Beim Stand der Veranlagungen per 01.08.2016 sind alle Gewerbesteuerveranlagungen (auch die festgesetzten Vorauszahlungsbeträge bis zum Jahresende) berücksichtigt. Es wird das gesamte Gewerbesteueraufkommen (Stand 01.08.2016) bis zum Jahresende dargestellt.

Herr Stv. Erber führt aus, dass die Verwaltung die Gewerbesteuerzahlen nicht richtig wiedergegeben hat; es sei ein Vergleich gefordert gewesen über die Höhe der Gewerbesteuer des 1. Halbjahres 2015 und des 1. Halbjahres 2016. Stattdessen habe man die Gewerbesteuersituation 2016 wiedergegeben.

Herr Stv. Lang fragt an, zu welchem Zeitpunkt eine Neubetrachtung des Gewerbesteueraufkommens vorgenommen wird. Herr Riedl führt aus, dass spätestens zum Redaktionsschluss bei der Haushaltsaufstellung 2017 alle bis dahin bekannten Umstände und Tatsachen berücksichtigt werden. Der Redaktionsschluss wird aller Voraussicht nach Anfang November sein. Dann kann man auch genauere Angaben zum Gewerbesteueraufkommen 2016 machen.

Kenntnisnahme:

Lt. Mitteilung der Hess. Landesregierung vom 05.08.2016 setzt sich die positive Entwicklung bei den Gewerbesteuereinnahmen fort. Ein neues Allzeithoch beschert den hessischen Kommunen im ersten Halbjahr 2016 neue Rekordeinnahmen. „Als Partner der Kommunen in unserem Land freuen wir uns über die neuen Zahlen, Glückwunsch zum Spitzenergebnis!“, so kommentierte Finanzstaatssekretärin Dr. Bernadette Weyland die vom Statistischen Landesamt veröffentlichten Zahlen. Die hessischen Städte und Gemeinden konnten im ersten Halbjahr 2016 ihre Gewerbesteuereinnahmen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 13,5 Prozent oder 303,6 Millionen Euro auf rund 2,55 Milliarden Euro steigern. „Verlässliche und gute Steuereinnahmen sind zentral für eine zufriedenstellende Finanzausstattung der Kommunen“, erklärte Weyland. „Nicht zuletzt, weil sie den Spielraum für wichtige Investitionen eröffnen.“

Die Zahlen für Stadtallendorf dazu lauten:

Ansatz lt. HH-Plan 2016:	39.438.500 EUR
Davon erreicht per 01.08.16:	<u>38.392.655 EUR</u>

Differenz - 1.045.845 EUR

Die vom Land Hessen verbreitete Meldung trifft auf Stadtallendorf nicht zu.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

Zu 8 Endabrechnung des Hessentages 2010
Vorlage: FB1/2016/0094

Herr Riedl erläutert die Vorlage. Nachfragen ergeben sich nicht.

Kenntnisnahme:

Die Vorbereitung und Durchführung des Hessentages 2010 kostete die Stadt Stadtallendorf im operativen, nicht investiven Bereich 5.226.611,88 EUR.

Gegenüber der Planung, die noch von einem Defizit von 5.516.128,54 EUR ausging, sind dies 289.516,66 EUR weniger.

Auf die als Anlage beigefügte Aufstellung der Erträge und Aufwendungen für den Hessentag wird verwiesen.

Diese Endabrechnung konnte erst erstellt werden, nachdem das Finanzamt Gießen seine Umsatzsteuersonderprüfung beendet hatte (die Bescheide datieren vom 07.08.2015) und der Jahresabschluss 2010 von der Stadtverordnetenversammlung am 14.07.2016 festgestellt wurde.

Weitergehende Erläuterungen können mündlich gegeben werden.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

Zu 9 Controlling/Berichtswesen zum 31.08.2016
Vorlage: FB1/2016/0102

Herr Stv. Hesse macht grundsätzliche Ausführungen zum Aufbau des Controlling-Berichtes. Er moniert die Form der Berichterstattung. Seiner Auffassung nach werden nicht genug Informationen geliefert. Form und Inhalt des Controlling-Berichtes sollen überdacht werden. Er wünscht sich eine neue Form der Aufmachung, die informativer sein soll. Er bezieht sich dabei auf die Berichte, die im Landkreis gegeben werden. Herr Stv. Erber und Frau Stadtverordnetenvorsteherin Schaub pflichten Herrn Stv. Hesse bei; die Berichterstattung sei nicht „genug sagend“. Der Bericht soll „lesbarer sein“.

Herr Bürgermeister Somogyi fragt an, wie viele Personen beim Landkreis an dieser Arbeit von Bericht arbeiten. Er sieht die absolute Priorität bei der Haushaltserstellung und bei der Erstellung der Jahresabschlüsse.

Es ergibt sich noch eine weitere Diskussion über die Art des Berichtes.

Kenntnisnahme:

Der als Anlage beigefügte Bericht zum Stand des Haushaltsvollzugs 31.08.2016 wird zur Kenntnis genommen.

Gemäß §28 der Gemeindehaushaltsverordnung ist die Gemeindevertretung mehrmals jährlich über den Stand des Haushaltsvollzuges zu unterrichten. Der Bericht zum 31.08.2016 gibt in komprimierter Form die wesentlichen Daten zur Haushaltsausführung wieder.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

Zu 10 Berichte aus den Verbandsversammlungen

Berichte aus den Verbandsversammlungen werden nicht gegeben.

Zu 11 Beschlusskontrolle

Es ergeben sich keine Wortmeldungen zu der Beschlusskontrolle.

Zu 12 Mitteilungen

Herr Bürgermeister Somogyi teilt mit, wie viel Zeit für diverse Prüfungen, die im Jahr 2016 stattgefunden haben, aufgewandt wurde. Herr Greib gibt noch weitergehende Erläuterungen.

Die sich ergebenden Nachfragen werden beantwortet.

Desweiteren gibt Herr Bürgermeister Somogyi die Anzahl der Neuveranlagungen zur Grund- und Gewerbesteuer 2016 – aufgrund der Hebesatzveränderung zum 01.01.2016 – bekannt. Die Aufstellung ist dem Protokoll beigefügt.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin Schaub teilt in diesem Zusammenhang mit, dass es aufgrund eines nicht aktuellen Datenbestandes zu Fehlleitungen von Steuerbescheiden gekommen ist. Es ergibt sich eine kurze Diskussion über die Möglichkeiten einer Lösung des Problems. Es wird angeregt, einen Abgleich mit den Einwohnermeldedaten vorzunehmen. Herr Riedl weist auf datenschutzrechtliche Probleme hin. Frau Stv. Schmitt teilt mit, dass sich eine entsprechende Schnittstelle bei der Stadt Frankfurt in der Pilotphase befindet.

Zu 13 Verschiedenes

Wortmeldungen ergeben sich nicht.

Der Ausschussvorsitzende bedankt sich für die Mitarbeit und schließt die Sitzung.

Jürgen Berkei
Vorsitzender

Bernd Zink
Schriftführer